

Freude über Gerichtsurteil

Arnold begrüßt Aus für das Betreuungsgeld

Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts bezüglich des Betreuungsgelds begrüßt der SPD-Bundestagsabgeordnete Rainer Arnold. Für ihn wird damit der Weg frei für eine zukunftsorientierte Familienpolitik.

Nürtingen. Das Bundesverfassungsgericht hat das Betreuungsgeld für verfassungswidrig erklärt. Nach Auffassung des Gerichts sind nun die Länder für diese Leistung zuständig und nicht mehr der Bund. Der Nürtinger Bundestagsabgeordnete Rainer Arnold (SPD) begrüßt die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts: „Ich freue mich, dass damit endlich der Weg frei für eine zukunftsorientierte Familienpolitik ist“, betont er. „Das in der Großen Koalition vor allem von der CSU durchgesetzte Betreuungsgeld schuf unsinnige Fehlreize, denn es wurde an Eltern gezahlt, deren Kind zu Hause betreut wurde“, ergänzt der Sozialdemokrat.

Das Betreuungsgeld sei jedoch auch an diejenigen gezahlt worden, die ihr Kind nicht in eine staatliche Einrichtung gegeben haben. So hätten unsinniger Weise beispielsweise Doppelverdiener-Ehepaare ihr Kind privat betreuen lassen und dafür Betreuungsgeld bekommen, gibt Rainer Arnold zu bedenken.

Die SPD habe jedoch das Ziel, Kinder früher zu fördern und Eltern die

gewünschte Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen. Daher sei das Elterngeld eingeführt und Milliarden in den Kita-Ausbau investiert worden, sagt Rainer Arnold. Das Betreuungsgeld habe jedoch längere Berufsausstiege und spätere Kita-Besuche gefördert und habe so den Reformen der vergangenen Jahre widersprochen.

Konkret bedeutet das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, dass Eltern, die bisher schon Betreuungsgeld bekommen haben, auch weiterhin Zahlungen erhalten werden, ergänzt der SPD-Politiker. Sie

Arnold setzt sich für einen weiteren Kita-Ausbau ein

müssten nichts zurückbezahlen. Auch diejenigen, deren Anträge bereits bewilligt wurden, bekämen das Betreuungsgeld. Für alle anderen jedoch werde kein Betreuungsgeld mehr bezahlt. Neue Anträge würden nicht mehr bearbeitet.

Der Bundestagsabgeordnete betont, dass die frei werdenden Mittel weiterhin den Familien und Kindern in Deutschland zugute kommen müssen. Er setzt sich für einen weiteren Kita-Ausbau ein. „Die Qualität der frühkindlichen Betreuung muss verbessert werden. Wir müssen nun in die Zukunft investieren“, betont Rainer Arnold. pm

Tschoban 4.9.2015 S. 19